

Die Löhne in der Schweiz sind nicht zu hoch

Lohnabhängige verloren Verteilungskampf

Die Löhne nahmen in den Jahren 2001 und 2002 noch deutlich zu, 2004 jedoch stagnierten die realen Einkommen der meisten ArbeitnehmerInnen, während Unternehmensgewinne und Managersaläre massiv zulegen. In den letzten Jahren stiegen die Löhne in der Schweiz zudem weniger als in den anderen Ländern Europas. Eine Politik der Preissenkungen würde den Druck auf die Realeinkommen nur noch verschärfen.

In der Schweiz stagniert die Kaufkraft

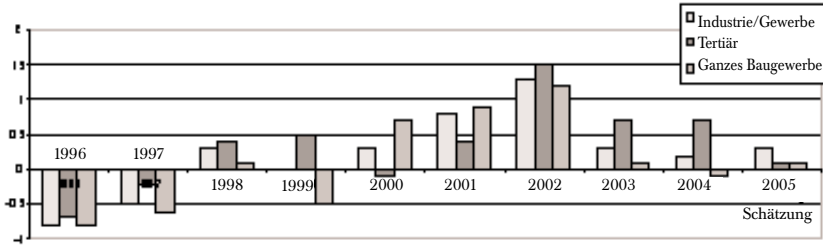
Gemäss Angaben des Bundesamtes für Statistik (BFS) haben die Nominallöhne im Durchschnitt aller Wirtschaftszweige 2003 um 1.4% und 2004 um 0.9% zugenommen. Gewichtet man dies mit der Teuerung zum Zeitpunkt der Verhandlungen im Vorjahr (auf dieser Basis wird üblicherweise in der Schweiz über die Löhne verhandelt), ergibt sich für 2003 noch eine Verbesserung der Kaufkraft um 0.5%, für 2004 nur noch um 0.4%. Im industriell-gewerblichen Sektor stiegen die Reallöhne durchschnittlich um 0.2%, im Dienstleistungssektor um 0.7%. Misst man die Nominallöhne mit der Teuerungsentwicklung im gleichen Jahr, wie dies das BFS tut, ergibt sich eine noch ungünstigere Bilanz.

Die grössten Lohnsteigerungen wiesen im sekundären Sektor mit real 0.7% die chemische Industrie auf. Das Gastgewerbe, das 2003 von allen Branchen mit nominal 2.7% respektive real 1.8% noch am besten abschnitt, erlebte 2004 einen Einbruch und wies eine Reallohnsteigerung von nur mehr 0.6% auf. Nach der erfreulichen Entwicklung von 2003, die wie beim Detailhandel vor allem auf die Erhöhung der GAV-Mindestlöhne infolge der Mindestlohnkampagne des SGB zurückzuführen ist, schlug 2004 die Senkung der Massenkaufkraft in diesen Branchen negativ zu Buche. Der vertragslose Zustand in diversen Branchen des Baubergewerbes und im Holzbau sowie die Öffnung des Arbeitsmarktes im Rahmen der zweiten Phase des freien Personenverkehrs verursachten im Bausektor vermehrt Lohndruck.

Über mehrere Jahre betrachtet, gingen die Reallöhne in der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre deutlich zurück. In den Jahren 2001

Hans Baumann

1948, lic. rer. pol. MAES, Ökonom der Gewerkschaft Unia.



Nominale Lohnentwicklung gemäss BfS-Lohnindex. Reallöhne berechnet aufgrund des Konsumentenpreis-Indexes vom November des Vorjahres. (Quelle BfS)

und 2002 hat sich die Kaufkraft dann erhöht. 2003 flachte sich diese Entwicklung wieder ab, um 2004 zu stagnieren.

Nicht berücksichtigt sind bei dieser Darstellung die Steuerbelastung und die Zwangsabgaben wie die Krankenkassen- und Pensionskassenbeiträge, die sich in den letzten Jahren deutlich erhöht haben. Das tatsächlich verfügbare Einkommen der Haushalte ist deshalb noch weniger angestiegen. Der jüngst erschienene Bericht der Eidgenössischen Steuerverwaltung über die Verteilung des Wohlstandes in der Schweiz zeigt auf, dass das tatsächlich verfügbare Einkommen in den letzten Jahren stagniert, für die meisten Haushalte der unteren und mittleren Einkommen sogar gesunken ist.

Die Stagnation der Löhne kontrastiert markant mit der Entwicklung der Managergehälter in den höchsten Chefetagen von Schweizer Unternehmen. Laut einer Untersuchung der Handelszeitung verdienten die Mitglieder der Konzernleitungen 2004 im Durchschnitt 17% mehr.

Die GAV-Abschlüsse für 2005 waren je nach Branche sehr verschieden und beliefen sich auf zwischen 1.0% und 2.3%, das heisst sie beinhalteten bei einer Teuerung von 1.3% in der Regel eine kleine reale Verbesserung. Insgesamt bleibt die Entwicklung in vielen Branchen unbefriedigend, so dass für dieses Jahr noch keine Trendwende in Sicht ist.

Lohnentwicklung in Europa etwas besser

In den letzten fünf Jahren nahmen in der alten EU die Reallöhne jedes Jahr um 0.8% bis 1.5% zu. Spitzenreiter war der »keltische Tiger« Irland mit Reallohnsteigerungen von bis zu jährlich 5%. Die Daten für die Schweiz zeigen, dass die Schweizer Löhne erst in den Jahren 2001 und 2002 nachziehen konnten und auch etwas stärker stiegen als in der EU, 2003 und vor allem 2004 aber bereits wieder hinter der EU-Lohnentwicklung nachhinkten. Von unseren Nachbarländern weist nur Deutschland in den letzten Jahren regelmässig tiefere Reallohnverbesserungen auf, in den anderen Ländern war die Entwicklung ähnlich wie in der Schweiz. Die grössten Fortschritte machten in den letzten Jahren die neu-

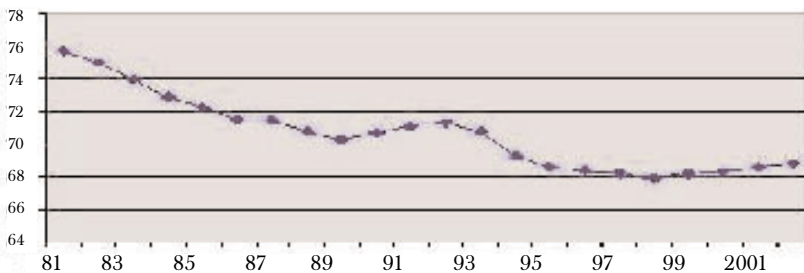
en EU-Länder Mittel- und Osteuropas. Dies allerdings erst nach vielen Jahren mit stagnierender oder sogar sinkender Kaufkraft:

Entwicklung der Reallöhne in Europa; Steigerung in % gegenüber Vorjahr

	1999	2000	2001	2002	2003	2004
EU 15	1.5	1.5	1.1	0.8	1.3	1.1
Österreich	1.7	0.8	-0.8	1.1	0.9	1.2
Deutschland	0.8	0.6	0.1	0.2	0.6	0.3
Frankreich	2.0	0.8	1.0	0.8	1.1	0.6
Dänemark	0.3	1.1	2.5	1.5	1.9	1.7
Italien	0.3	0.2	0.4	-0.6	1.3	0.9
Neue EU-Länder		-1.6	5.6	3.9	2.9	1.3
Schweiz	-0.5	-0.3	1.5	1.1	0.8	0.1

Im Jahr 2000 hat der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) mit einer gewissen Koordination der Kollektivverhandlungen in Europa begonnen, dies nicht zuletzt auch als Reaktion auf die sinkende Lohnquote in den 1990er-Jahren. Damals hatte sich die Verteilung zwischen Löhnen und Gewinnen deutlich zu Ungunsten der Lohnabhängigen verändert. Der Anteil der Löhne am Volkseinkommen ist in Europa markant gesunken, nämlich von rund 76% zu Anfang der 1980er-Jahre auf ca. 68% am Ende der 1990er-Jahre.

Entwicklung der gewichteten Lohnquote in Europa



(Quelle: ETUC-Report 2003)

Nach 2000 ist die Lohnquote wieder geringfügig angestiegen. Damals wurde innerhalb des EGB eine ›Kordinierungsregel‹ aufgestellt. Sie beinhaltet, dass die Lohnerhöhungen (inkl. qualitative Verbesserungen) in den einzelnen Ländern längerfristig mindestens der Formel ›nationale Teuerung plus Produktivitätsentwicklung‹ entsprechen sollten. Wird diese Formel eingehalten, bedeutet dies, dass die Verteilung zwischen Kapital und Arbeit (bzw. zwischen Gewinnen und Löhnen) konstant bleibt, also die Arbeitnehmer ihren Anteil am Volkseinkommen verteidigen können.

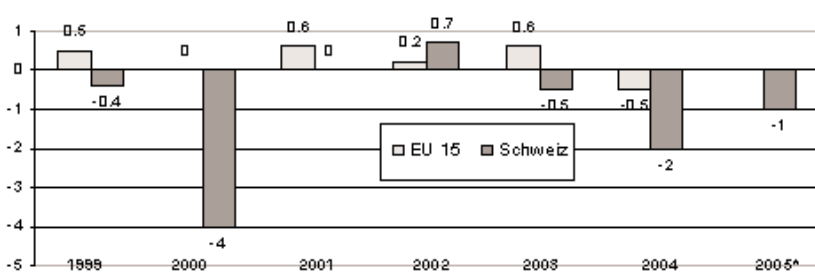
Löhne hinken hinterher

Im Durchschnitt aller EU-Länder konnte diese Richtlinie von 1999 bis 2003 eingehalten werden. Das heisst, dass die Gewerkschaften zu Beginn dieses Jahrtausends die Verteilungsbilanz wieder etwas zu Gunsten der Lohnabhängigen korrigieren konnten. Dieser Trend scheint aber dieses Jahr gebrochen worden zu sein.

Folgende Tabelle zeigt die ›Verteilungsbilanz‹: Ist die Zahl positiv, bedeutet dies, dass die Löhne um diesen Prozentsatz stärker gestiegen sind als die Formel ›Teuerung plus Produktivität‹. Ist die Zahl negativ, sind die Löhne um diese Zahl weniger angestiegen als die Formel. Allerdings können gewisse qualitative Verbesserungen, die in Kollektivverhandlungen erreicht wurden und die Lohnkosten erhöhen, wie etwa zusätzliche Urlaubstage, nicht in dieser einfachen Formel erfasst werden.

Verteilungsbilanz ausgewählter Länder*

	1999	2000	2001	2002	2003	2004
EU 15	0.5	0.0	0.6	0.2	0.6	-0.5
Österreich	0.2	-1.6	-0.9	-0.3	0.4	-0.2
Deutschland	0.2	-0.5	-0.3	-0.6	-0.4	-1.3
Frankreich	0.9	-0.3	0.7	0.3	1.0	-1.1
Dänemark	-0.5	-1.2	1.3	-0.1	0.5	-0.3
Italien	-0.2	-1.1	0.3	0.3	1.5	0.0
Neue EU-Länder		-5.8	3.1	-0.8	-1.1	-2.4
Schweiz	-0.4	-4.0	0.0	0.7	-0.5	-2.1



*2005: Schätzung (Quellen: Schulzen 2004). Für die Schweiz Lohnindex 2004 des Bfs/KOF. Verteilungsbilanz: Saldo des jährlichen Nominallohnzuwachses und dem neutralen Verteilungsspielraum (Summe aus Preis- und Arbeitsproduktivitätsentwicklung = Stundenproduktivität zu Preisen des Vorjahres).

Von unseren Nachbarländern schneiden die deutschen Arbeitnehmenden deutlich schlechter ab als der EU-Durchschnitt. In der Schweiz haben die Reallöhne erst mit Verspätung angezogen. Deshalb haben die Unternehmer und Vermögensbesitzer auch bis zum Jahr 2000 noch massiv Einkommensanteile gewonnen. Dafür konnten die Arbeitneh-

menden dann 2001 und 2002 wieder etwas zulegen. Aber 2003 ist die Bilanz bereits wieder negativ, was bedeutet, dass im letzten Jahr der Lohnanteil am Volkseinkommen wieder gesunken ist.

2004 hinkten die Löhne in der Schweiz 2% hinter der Arbeitsproduktivität her. Kumuliert über die letzten 5 Jahre, ergibt dies über 5%. Gemäss Prognosen der KOF/ETH über die Entwicklung von Produktivität und Lohnstückkosten dürfte sich dieser Trend auch 2005 fortsetzen. Das heisst, dass die langsame Erholung der Schweizer Wirtschaft mit einer weiteren Umverteilung von Lohnempfängern zu Unternehmern und Vermögensbesitzern einhergeht. Um diese Entwicklung zu stoppen, müssen die Gewerkschaften substanzielle Lohnforderungen durchsetzen. Der SGB hat deshalb für 2006 je nach Branche 1.5% bis 3% reale Lohnerhöhungen gefordert.

Preisinsel Schweiz

Trotz mässigem Wachstum der Wirtschaft und Stagnation der Löhne ist das Preisniveau in der Schweiz in den letzten Jahren immer noch angestiegen, allerdings mit relativ geringen Zuwachsraten von 1% bis 2% pro Jahr. Das für viele Produkte und Dienstleistungen höhere Preisniveau gegenüber den anderen Ländern Europas hat 2005 einen Diskurs ausgelöst: Bürgerliche Politiker und Unternehmer forderten eine Senkung des Preisniveaus über weitere Deregulierungen und mehr Wettbewerb. Auf diese Weise könnten dann auch die Löhne sinken, was ohne Wohlstandsverlust zu einer Kostensenkung und somit zu einer Verbesserung der Wettbewerbsposition der Schweizer Wirtschaft führen würde.

Serge Gaillard hat dann die Diskussion auch innerhalb der Gewerkschaften mit einem Artikel im ›work‹ eröffnet und darauf hingewiesen, dass vor allem die Preise der landwirtschaftlichen Produkte, die Mietpreise und die Gesundheitskosten zum Wohle der Konsumenten sinken müssten. Darauf entwickelte sich eine rege Diskussion innerhalb der Linken, die im ›work‹ dokumentiert wurde¹.

Lebensqualität kostet

Höhere Preise widerspiegeln zum Teil auch ein höheres Niveau an Lebens- und Umweltqualität. So hat die Schweiz nach den USA zwar das teuerste Gesundheitswesen der Welt und die ArbeitnehmerInnen bezahlen das durch immer höhere Krankenkassenprämien, welche die Haushalte belasten. Dies ist zum Teil auf ein hohes Lohnniveau und überhöhte Medikamentenpreise zurückzuführen. Wir haben aber auch ein qualitativ gutes Gesundheitswesen. Die Qualität und Dichte der ärztlichen Versorgung ist gut, die Krankenhäuser sind technisch und

vom Komfort her gut ausgestattet. Und – verglichen mit den USA – haben wir vorläufig auch noch keine Klassenmedizin, sondern eine gute Grundversorgung für alle.

Ein anderes Beispiel sind die Wohnungsmieten, ein Hauptfaktor für das höhere Preisniveau in der Schweiz. Sie liegen rund 70% über dem EU-Niveau und machen rund 20% des Warenkorb einer Durchschnittsfamilie aus: Das liegt nicht an den Baupreisen, die seit Jahren stagnieren, sondern vor allem an den Bodenpreisen und der überdurchschnittlichen Wohnqualität. Baulobbyisten und bürgerliche Politiker möchten jetzt die Bauzonen ausdehnen sowie Baugesetze und Umweltauflagen verwässern, um die Bau- und Bodenpreise herunter zu holen. Das wäre zwar möglich, aber eindeutig nur auf Kosten des Umwelt- und Landschaftsschutzes.

Aldi und Lidl produzieren Arbeitslose

Mehr Wettbewerb, etwa durch Privatisierung des Energiesektors oder neue Detailhandelsanbieter wie Lidl und Aldi, bringt vielleicht kurzfristig tiefere Preise. Die ArbeitnehmerInnen sind aber oft die Leidtragenden. Denn mehr Wettbewerb durch Billiganbieter zeitigt Druck auf Löhne und Arbeitsbedingungen. Lohndruck ist aber nur ein Problem für die ArbeitnehmerInnen. Das Lohnkostenmanagement und die extreme Rationalisierung der Grossverteiler senken auch den Anteil der Arbeit in der Produktion. Die Eroberung des Einzelhandels durch die Wal-Mart-Kette hat in den USA massiv Arbeitsplätze vernichtet. Pro neu geschaffenen Arbeitsplatz im Wal-Mart-Shoppingcenter werden 1.5 Arbeitsplätze in anderen Läden und Shoppingcenters abgebaut! Auch die deutschen Unternehmen Aldi und Lidl arbeiten mit markant weniger Personal als Migros und Coop. Höhere Arbeitslosigkeit im Detailhandel ist die Folge.

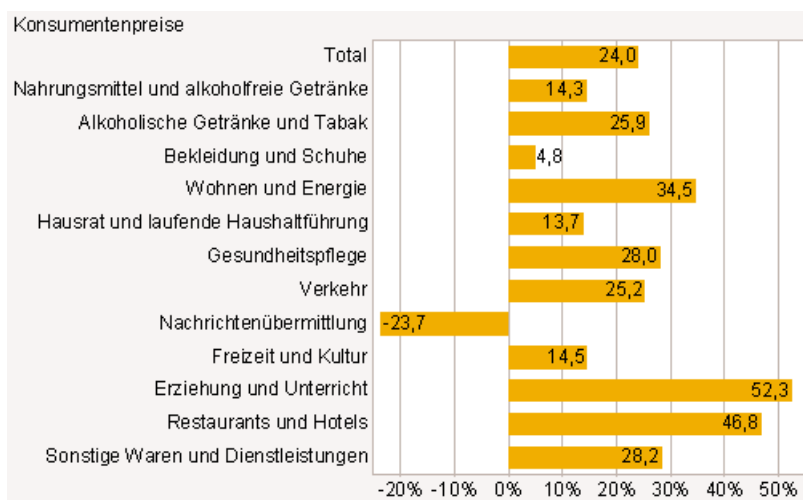
Preise stiegen, Löhne stagnierten

Arbeitgeber und neoliberale Ökonomen möchten mehr Wettbewerb und Deregulierung. Dadurch könnten die Preise, Löhne und damit die Arbeitskosten gesenkt werden und die Schweiz würde als Wirtschaftsstandort wettbewerbsfähiger. So die Theorie. Im Moment sieht es wohl eher danach aus, dass die Arbeitgeber die Diskussion über die Preisinsel Schweiz dazu benützen, mehr Druck auf die Löhne zu machen. Baumeisterpräsident Messmer hatte 2005 gefordert, die Löhne für fünf Jahre einzufrieren, damit das Preisniveau gesenkt werden könne.

Dabei ist das Preisniveau in den letzten Jahren weder in der Schweiz noch in anderen europäischen Ländern gesunken. Das Binnenmarkt-

programm und die Währungsunion mit dem forcierten Wettbewerb zwischen den Ländern haben in der EU nicht zu einem tieferen Preisniveau geführt. Das Resultat dieses Wettbewerbs waren 10 Jahre stagnierende Löhne, eine deutliche Umverteilung zugunsten der Reichen und eine Senkung der Lohnquote.

Auch in der Schweiz sind nur die relativen Preise gesunken. Schaut man einzelne Warengruppen an, traf dies nur für den Kommunikationsbereich zu, wo die Preise seit 1990 um 23.7% zurückgingen. Insgesamt ist der Index aber um 24% gestiegen.



Teuerung nach Warenkorbbereich 1990–2003 (Quelle Bfs)

Deflationsgefahr?

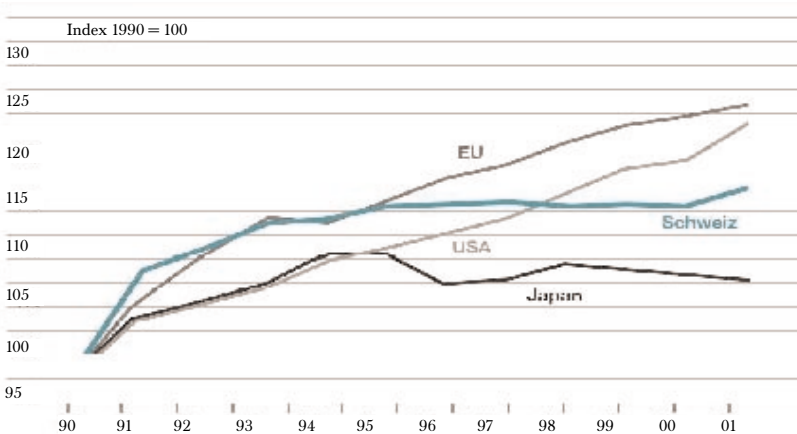
Die einzigen Jahre, in denen die Konsumentenpreise in der Schweiz stagnierten oder in einzelnen Monaten sogar leicht zurückgingen, waren die Rezessionsjahre 1998 und 2003. Damals kamen in der Schweiz, aber auch in Deutschland gleich Deflationsängste auf. Deflation entsteht, wenn die Nachfrage stagniert oder sinkt, ein Phänomen, das wir in der Schweiz wegen des Sparverhaltens der öffentlichen Hand und den stagnierenden Einkommen kannten und teilweise immer noch kennen. Die Produzenten und Detaillisten investieren dann nur noch in Rationalisierungsvorhaben und senken ebenfalls die Preise. Investoren und Konsumenten halten sich zurück, da sie auf tiefere Preise hoffen. So wird noch weniger ausgegeben, was zu einem Teufelskreis von Deflation und Rezession führt. So unbegründet sind diese Ängste nicht: Ab Mitte der 1990er-Jahre litt Japan unter kaum noch steigenden, tendenziell sogar fallenden Preisen, verbunden mit einer starken Rezession und einem Anstieg der Arbeitslosigkeit, ausgelöst durch ein Platzen der Börsenbla-

se. Dies führte zur grössten Nachkriegskrise mit einer anhaltenden Deflation, die erst im letzten Jahr zum Stillstand kam.

Die Gleichung ›Mehr Wettbewerb = tiefere Preise und Löhne = bessere Wettbewerbsfähigkeit = mehr Arbeitsplätze‹ würde also nur aufgehen, wenn die Kaufkraft der Arbeitnehmenden durch Preissenkungen gestärkt würde, um auch die Binnenwirtschaft zu stützen. Nach der Erfahrung der letzten Jahrzehnte wird dies aber nicht eintreffen. Vielmehr gibt es eine Umverteilung zugunsten von Profiten und Vermögensbesitzern. Im schlimmsten Fall droht gar Deflation und Krise.

Produktiv und wettbewerbsfähig

Abgesehen davon sind die Löhne in der Schweiz nicht zu hoch. Zwar rangiert die Schweiz unter den vier Ländern mit den höchsten Arbeitskosten. Da aber die Arbeitsproduktivität ebenfalls sehr hoch ist (die Schweiz rangiert an fünfter Stelle in der Welt), gleicht sich das insgesamt wieder aus. Vergleicht man die Lohnstückkosten, also die Arbeitskosten pro produzierte Einheit, hat sich die Wettbewerbsposition der Schweiz seit Mitte der 1990er-Jahre gegenüber den EU-Ländern und den USA deutlich verbessert.



Lohnstückkosten (Quelle: Credit Suisse)

Ohne eine gute Wettbewerbsposition wäre es kaum möglich gewesen, dass die Exporte im Jahr 2004 eine neue Rekordhöhe erreichten.

Kaufkraft stärken, Arbeitsplätze erhalten

Trotzdem setzt auch ein Teil der Linken auf mehr Wettbewerb und Preissenkungen. Strahm/Sommaruga bezeichnen in ihrem Buch ›Für eine moderne Schweiz‹ den mangelnden Wettbewerb und das ›Hochpreisdorado‹ als den Wachstumskiller Nr. 1. Selbst wenn es richtig ist, ein-

zelle überhöhte Preise etwa durch die Zulassung von Parallelimporten zu senken – eine Strategie der allgemeinen Preis- und Lohnsenkung durch Wettbewerbsförderung wird keine Kaufkraft schaffen und keine Arbeitsplätze sichern.

Kaufkraftmässig sind wir zwar nicht mehr die Nummer 1 in Europa, aber immer noch mit an der Spitze. Die Gewerkschaften müssen dafür sorgen, dass unsere realen Löhne erhalten bleiben, die Mindestlöhne angehoben werden und die Umverteilung zugunsten der Reichen gestoppt wird. Gegen Lohndumping in Folge der Personen- und Dienstleistungsfreiheit müssen die flankierenden Massnahmen zum freien Personenverkehr umgesetzt werden.

Eine weitere Integration der Schweiz oder ein EU-Beitritt der Schweiz würde keineswegs bedeuten, dass sich Preise und Zinsen automatisch angleichen und damit der Druck auf die Löhne nochmals steigt. Innerhalb der EU gibt es grosse Unterschiede im Preisniveau, selbst innerhalb der Eurozone. Die Unterschiede bei den Lohnkosten und der Kaufkraft sind ebenfalls noch bedeutend, gleichen sich aber allmählich an. Gewerkschaften und Linke müssen sich viel mehr als bisher dafür einsetzen, dass diejenigen Länder, welche tiefe Löhne, Kaufkraft und Produktivität haben, auf das Niveau der reichen Länder angehoben werden und nicht umgekehrt. Dann können wir unsere Lebensqualität halten und auch ein höheres Preisniveau verkräften.

Literatur und Anmerkung

- Ackermann, Ewald (2005) ›Vertrags- und Lohnverhandlungen 2004/2005‹. Publikation des Schweiz. Gewerkschaftsbundes SGB. Bern.
- BAK Basel Economics (2005) ›CH-PLUS. Analysen und Prognosen für die Schweizer Wirtschaft‹. Basel.
- Bundesamt für Statistik (2004) ›Gesamtarbeitsvertragliche Lohnabschlüsse 2004‹. Bern.
- Bundesamt für Statistik (2004) ›Lohnindex 2003‹. Bern.
- DGB Bundesvorstand (2003) ›Verteilungsbericht 2003‹. Berlin.
- Ecoplan (2004) ›Verteilung des Wohlstandes in der Schweiz‹, Bericht in Erfüllung des Postulates Fehr vom 9. Mai 2001. Bern.
- Eiroline (2003) Pay Developments 2003 (www.eiro.eurofound.ie/).
- ETUC (2003) ›Annual report on the coordination of collective bargaining in Europe‹. Brussels.
- Europäische Kommission (2005) ›European Economy. Economic Forecasts‹. Luxemburg (http://europa.eu.int/comm/economy_finance/publications/european_economy/2005/ee2005en.pdf).
- KOF/ETHZ, ›Konjunktur Prognose 2005/2006‹.
- Schulden, Thorsten (2004) ›Europäischer Tarifbericht des WSI – 2003/2004‹. In: WSI Mitteilungen, Nr. 7.
- Schulden, Thorsten (2004) ›Solidarische Lohnpolitik in Europa‹. Hamburg.
- Sommaruga, S., R. H. Strahm (2005) ›Für eine moderne Schweiz‹. München-Wien.

1 Bisher erschienen im ›work‹ Beiträge von folgenden AutorInnen: Serge Gaillard am 28.1.05 und 27.5.05, Hans Baumann am 11.2.05, Andrea Hämmerle am 25.2.05, Erika Trepp am 11.3.05, Stefan Flückiger am 24.3.05, Rudolf Strahm am 8.4.05, Beat Ringger am 29.4.05 und Andreas Rieger am 13.5.05.